Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Als Beilage Donnerstag und Sonntag der Stettiner Hausfreund.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 175. Abendblatt. Montag, den 16. April. 1866.

Deutschland.

Berlin, 15. April. Se. Majestät der König gaben im Laufe des gestrigen Tages noch dem französischen Botschafter eine Audienz und geruhten demnächst den Wirkl. Geh. Rath v. Olfers und den Baron v. Maltzan-Vollrathsruhe zu empfangen, so wie den Vortrag des Geh. Legationsraths Abeken entgegen zu nehmen. Heute arbeiteten Se. Maj. mit dem Militär- und Civil-Kabinet, nachdem die militärischen Meldungen in Anwesenheit des Gouverneurs und des Kommandanten stattgefunden hatten. Um 2 Uhr wohnten Se. Maj. der König der Vereidigung des Erzbischofs Grafen Ledochowski von Posen und Gnesen und des Dr. Melchers Erzbischofs von Köln, im Königlichen Palais bei. Um 5 Uhr gaben Ihre Majestäten ein größeres Diner, zu dem die Hrn. Erzbischöfe mit Einladungen beehrt worden sind.

— (Kr.-Z.) Die an der Börse verbreiteten Gerüchte über Ministerveränderungen sind durchweg aus der Luft gegriffen.

— Das „Mil.-Wochenbl." veröffentlicht folgende Königliche Kabinets-Ordre vom 3. d.: „Ich bestimme im Verfolg Meiner Ordre vom 8. März d. J. Nachstehendes: Diejenigen Landwehr-Bezirks-Kommandeure, welche zugleich Führer des 2. Aufgebotes sind, werden hierdurch von der letzten Stellung entbunden; die General-Kommandos haben Mir zur Wiederbesetzung der qu. Stellen geeignete Vorschläge einzureichen. Das Kriegs-Ministerium hat hiernach das Erforderliche bekannt zu machen.

(gez.) Wilhelm.
(ggez.) von Roon."

— Die von Stralsund nach Kiel hinübergeführten Fahrzeuge der Königl. Marine sind die Dampfkanonenboote „Wolf" und „Tiger", sowie 4 Räder-Kanonenschaluppen.

— Der österreichische Gesandte Graf Karolyi begab sich am Freitag zu einer Konferenz mit dem Unterstaats-Sekretär v. Thile in das auswärtige Ministerium.

— Eine Antwort auf die letzte österreichische Depesche war auch vorgestern, wie offiziös gemeldet wird, noch nicht nach Wien abgegangen.

— Man schreibt der „N. A. Z." aus Frankfurt a. M., 13. April: Die Vermittelungsversuche Sr. H. des Herzogs von Gotha sind, trotz der in Berlin und Wien bisher gemachten, nicht eben ermuthigenden Erfahrungen, keinesfalls als aufgegeben zu betrachten. Se. Hoheit haben nur den Boden ihrer Operationen gewechselt. Es ist Thatsache, daß der Herzog sich so eben zwei Tage in unserer Stadt aufgehalten und hier in lebhaftem Verkehr mit der österreichischen Diplomatie und den Verteetern einiger süddeutschen Staaten gestanden hat. In wie weit daran Friedenshoffnungen zu knüpfen sind, läßt sich bis jetzt nicht erkennen; die Börse blieb ohne Influenz.

— Der „St.-A." enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, betreffend die Allerhöchste Genehmigung der unter der Firma „Friedrich Wilhelm, preußische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft" mit dem Sitze zu Berlin errichteten Aktien-Gesellschaft vom 9. April 1866.

— Die „N. A. Ztg." giebt folgende offiziöse Erklärung ab: „Das Gerücht, daß die Regierung damit umgehe, die Ostbahn zu verkaufen, ist als vollständig grundlos zu betrachten."

— In neuester Zeit werden vom Staate mehrfache auf Gewinnung von Kohlen gerichtete Bohrversuche gemacht, so gegenwärtig an mehreren Punkten zwischen Rüdersdorf und Hangelsberg, während zwischen Jüterbogk und Wittenberg auf dem Höhenzuge des hohen Fläming kürzlich in einer Tiefe von 322 Fuß ein Braunkohlensitz von 25 Fuß Mächtigkeit erbohrt wurde. Ein weiterer Bohrversuch wird in der Gegend von Thorn beabsichtigt, um der Juraformation angehörige Kalksteine aufzusuchen, welche in der Nähe der benachbarten russischen Saline Cechocinek bekannt geworden sind. Die Auffindung dieser Kalksteine würde für die dortige Gegend von großem Werthe sein.

— Gestern fand die Zeugenvernehmung in der Disziplinar-Untersuchung wider den Appellationsgerichts-Vice-Präsidenten Herrn von Kirchmann wegen des von ihm in der Alhambra gehaltenen Vortrages zum Besten des Berliner Arbeiter-Vereins statt. Als Zeugen waren etwa 20 Personen, zum Theil Mitglieder des Arbeitervereins, zum Theil Zeitungs-Berichterstatter geladen.

— Nach einer der „N. A. Ztg." zugegangenen Mittheilung des Landraths v. Marschall zu Langensalza hat die Gemeinde Horn-Soemmera im Kreise Langensalza nach einem dem Landrath von Marschall übersandten Schreiben den einstimmigen Beschluß gefaßt, Angesichts der drohenden Kriegsgefahr sämmtliche Steuern vorläufig auf ein Jahr im Voraus zu entrichten. Diese patriotische Kundgebung verdient nm so mehr der Veröffentlichung, als sie den entgegengesetzten Bestrebungen der Fortschrittspartei gegenüber einen besonderen Werth hat.

— Die siebente Deputation des Kriminalgerichts verhandelte gestern zwei Preßprozesse. In dem ersten waren der Referent der „Vossischen Zeitung", Gerichtsassessor Werner, und der Redakteur derselben, angeklagt, vor Beendigung der Prozeßverhandlungen gegen den Stadtverordneten Dr. Lövinson Aktenstücke aus denselben veröffentlicht zu haben. Es handelte sich um den Abdruck des Reverses und des sogenannten kommunalen Testamentes in der „Vossischen Zeitung" vom 21. Januar. Die mündlichen Verhandlungen im Prozeß Lövinson hatten am 16., 18. und 20. stattgefunden, das Urtheil war jedoch auf den 27. vertagt worden. Assessor Werner erklärte, daß beide Aktenstücke schon vor der Verhandlung des Prozesses bekannt gewesen seien und der Vorsitzende jenes Prozesses, Stadtgerichtsrath Busse, auch ausdrücklich am 20. erklärt habe: „Die Verhandlungen sind geschlossen". Ueber letzteren Punkt beschloß der Gerichtshof, die damaligen Richter und den Staatsanwalt zunächst als Zeugen zu vernehmen. — Redakteur Müller behauptete, den Artikel vor dem Druck nicht gekannt zu haben. — Die Verhandlung wurde vertagt.

Die zweite Anklage gegen den Referendar Brockhoff als Verfasser und den verantwortlichen Redakteur der „Börsen-Zeitung" Saling, lautete auf Beleidigung des Grafen v. Wartensleben in seiner Eigenschaft als Abgeordneter. Ein Artikel der „Börsen-Zeitung" über den bekannten Streit zwischen Graf Wartensleben und Dr. Frese hatte gesagt: „Graf W. habe einen Kollegen verleumdet." Wegen dieser Aeußerung war auf den Antrag des Grafen Wartensleben die Antlage erhoben. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Brockhoff 14 Tage Gefängniß, gegen Saling 20 Thaler Geldbuße; der Gerichtshof ging jedoch über den ersten Antrag hinaus nnd verurtheilte Brockhoff zu 5 Wochen Gefängniß. Der Vorsitzende begründete dieses Erkenntniß damit, daß der Vorwurf der Verleumdung, wenn ohne Grund gemacht, eine Verleumdung, nicht eine Beleidigung sei. Dieser Vorwurf sei aber im vorliegenden Falle ohne Grund erhoben; denn der Graf Wartensleben habe nur hypothetisch gesprochen, nur ein Beispiel aufgeführt. Daß seine Aeußerung nicht den Eindruck der Verleumdung gemacht, gehe auch aus den in der betreffenden Sitzung gethanen Aussprüchen der beiden Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Grabow nnd v. Unruh, hervor. Da für die öffentliche Verleumdung eines Abgeordneten das Minimum ein Monat sei, so habe der Gerichtshof, mit Rücksicht auf die Vorbestrafung des Angeklagten, 5 Wochen Gefängniß als angemessen erachtet.

— Der Posener „Dziennik" Nr. 82 bringt an bevorzugter Stelle nachstehende Korrespondenz aus Lemberg: Ich weiß nicht, wie weit die preußische Regierung der Stille vertraut, welche seit einiger Zeit in Bezug auf die österreichischen Rüstungen herrscht. Wenn sie auf diese scheinbare Stille die Hoffnung der Erhaltung des Friedens oder der Erzwingung von Konzessionen baut, so täuscht sie sich ebenso, als wenn sie hoffen sollte, der Krieg mit Oesterreich müsse für Preußen deshalb siegreich sein, weil die Finanzverlegenheiten und die Verfassungswirren Oesterreichs den preußischen Waffen und den Berliner Diplomaten den Erfolg erleichtern. Die Kriegsrüstungen und Truppenmärsche gehen langsam und ohne Aufsehen vor sich, aber sie dauern fort ohne Unterbrechung, systematisch und mit musterhafter Heimlichkeit. Diese scheinbare Ruhe und Langsamkeit ist für den Frieden vielleicht bedrohlicher, als die geräuschvolle Hast, mit der Anfangs die Rüstungen betrieben wurden. Wahr ist, daß alle Truppen, selbst die an der preußischen Grenze zusammengezogenen, auf Friedenfuß sich befinden, daß die Urlauber noch nicht einberufen, die Pferdeankäufe für Artillerie, Train und Kavallerie noch nicht angeordnet sind; aber nicht minder wahr ist, daß sämmtliche Regiments-Kommandeure der bereitstehenden Truppen den Befehl erhalten haben, diese Truppen im gegebenen Augenblick sofort auf Kriegsfuß zu stellen. Die Stärke des Observationskorps an der preußischen Grenze wird auf 150,000 Mann angegeben. Auf Kriegsfuß gestellt würde es über 500,000 Mann zählen. Die Befestigungsarbeiten bei Krakau gehen fort: dieser Ort ist gleich wichtig als Centralpunkt der Eisenbahnen, wie als militärischer Stützpunkt. Durch Lemberg marschiren noch fortdauernd Truppen aus der Bukowina und Ostgalizien. Ihr Ziel ist Krakau. Gegenwärtig rücken einzelne Kompagnieen der Regimenter Schmerling, Karl Ferdinand und Steiningen aus. Die preußischen Staatsmänner würden in großem Irrthum sich befinden, wenn sie glauben, der Krieg treffe Oesterreich unvorbereitet. Noch größer würde ihr Irrthum sein, wenn sie aus der Abneigung, welche gegen den Krieg mit Preußen in der Tagespresse sich kund giebt, (?) schließen wollten, daß die Völker Oesterreichs diesem Kriege entgegen sind. Ich kann Euch versichern, kein Krieg würde in Oesterreich populärr sein, als der Krieg gegen Preußen. Alle Länder der österreichischen Krone, etwa mit Ausnahme Venetiens, würden sich beeilen. zum Zweck einer energischen Kriegführung jedes Opfer zu bringen, Auch bei uns in Galizien herrscht eine tiefe Abneigung gegen Preußen. Ich zweifle nicht, daß bei uns, wie zuerst auch in Ungarn sich Freiwilligenkorps bilden und der Regierung zur Verfügung stellen würden. Auch der Krieg gegen Rußland ist populär, aber nicht so wie der gegen Preußen, weil man mit diesem leicht fertig zu werden glaubt. So lange die Polen ihr Endziel nicht erreicht, werden und müssen sie es in ihrem Interesse stets mit Oesterreich halten.

Aus **Königsberg,** 13. April, meldet eine telegraphische Depesche der „Danz. Ztg.": Gestern fand hier eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Fortschrittspartei unter Vorsitz des Dr. Falkson statt. Nachdem Kaufmann Brausewetter eine thatsächliche Darstellung der Zeitfragen gegeben hatte, beantragte Dr. Johann Jacoby unter dem stürmischen Beifall der Versammlung, Resolutionen gegen den Krieg und gegen das Bundesreformprojekt des Grafen v. Bismarck, worauf der Polizei-Inspektor Jagielski die Versammlung auflöste.

Danzig, 13. April. An der größeren Befestigung unserer Vertheidigungswerke wird seit dem Eintritt des diesjährigen Frühlings wieder rüstig gearbeitet. Die Arbeiten erstrecken sich zur Zeit auf die Vollendung des Jesuiter-Forts, die Schanze Knesebeck und den Hagelsberg.

Hirschberg, 13. April. Zur Berichtigung wird der „Kr.-Ztg." von unterrichteter Seite Folgendes mitgetheilt: Die aus der Schlesischen Zeitung entnommenen Nachrichten „Aus dem Riesengebirge vom 9. April", wonach uniformirte Oesterreicher in Agnetendorf hiesigen Kreises eingetroffen seien, in der Absicht, das Terrain daselbst zu rekognosciren, und daß bis Neuwelt, dem ersten böhmischen Grenzdorfe, österreichische Truppen vorgerückt seien, sind unwahr. Es stehen weder in Neuwelt, noch in den Städten Hohenelbe, Trautenau, Reichenberg österreichische Truppen. Eben so unwahr ist die von der Breslauer Zeitung gebrachte Depesche, daß sich österreichische Gendarmen in Agnetendorf erkundigt hätten, wie viel Mann Einquartierung dort aufgenommen werden könnten. Agnetendorf ist ein kleines hochgelegenes Gebirgsdorf am Fuß der Schneegruben, und das einzige Wahre ist, daß am 6. d. M. einige junge Männer, von denen einer eine österreichische Soldatenmütze, einen Reitermantel und einen Schleppsäbel getragen, vom Bahnhofe Reibnitz aus Agnetendorf passirt und auf die auf dem Gebirgskamme auf böhmischer Seite gelegene Peter-Baude gestiegen und am Abend wieder nach Reibnitz zurückgekehrt sind.

Neisse, 9. April. Der „Oberschl. Bürgerfreund" erfährt aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß aus sicherem Verschluß 16—18,000 Infanterie-Patronen gestohlen worden sind.

Essen, 11. April. Herr E. Hilgers hat auf die Anfangs in Absicht genommene Betheiligung an der Pariser Ausstellung von 1867 verzichtet und dies der K. Central-Kommission angezeigt in einer Erklärung, in welcher er diese Verzichtleistung mit dem Hinweis auf die Ernennung „eines zehnjährigen Knaben" (des Kaiserlichen Prinzen) zum Präsidenten der Ausstellung motivirt. (Aehnlich begründet der hannoversche Industrielle Egestorff die Zurücknahme der Anmeldung seiner Fabrikate.)

Altona, 13. April. Seit einiger Zeit ist das bekannte Mitglied der preußischen Fortschrittspartei Dr. Freese wieder hier eingetroffen. Er hat die Redaktionsthätigkeit wieder aufgenommen und kämpft mit M. May gegen die preußische Politik. Von Seiten der Landesregierung in Kiel ist auf's Neue eine Untersuchung angestellt, ob bei der Aufnahme des Redakteurs M. May in das hiesige Stadtbürgerrecht alle gesetzlichen Erfordernisse und Formalitäten erfüllt worden sind.

Kiel, 14. April. Soeben sind „Arcona" und „Loreley" hier eingelaufen. Gegenwärtig sind 8 preußische Kriegsdampfschiffe hier konzentrirt; noch mehrere werden in den nächsten Tagen erwartet. (Bekanntlich sind schon seit längerer Zeit Uebungsfahrten in der Ostsee augeordnet.)

Leipzig, 12. April. In der vorigen Woche gaben die Prüfungs-Kommissare am Seminare zu Waldenburg, welche die Zöglinge zur Aufnahme in dasselbe zu prüfen hatten, denselben die Frage zur Ausarbeitung: „Welche Folgen kann ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich für unser Sachsen haben(" Ob wohl Herr v. Beust davon eine Ahnung gehabt haben mag, daß die Waldenburger Seminarlehrer ihm ins Handwerk pfuschten und sich mit der Lösung so schwieriger Fragen befaßten?

Lahr, (Baden), 9. April. In diesen Tagen trat hier der frühere katholische Geistliche, Professor Eckert in Offenburg, zur evangelischen Kirche über.

Ausland.

Paris, 12. April. (Kr.-Z.) Ein panischer Schrecken hatte sich auch heute wieder der Börse bemächtigt; es war als ob die Leute schon den Kanonendonner gehört hätten. Die Course der italienischen Papiere sind um nicht weniger als vier Franken gefallen. Auch in den offiziellen Kreisen war man unruhiger, als gestern der Fall war. Die Meinungen über den Konflikt im Allgemeinen sind dort natürlicher Weise verschieden; die Einen stehen auf österreichischer, die Anderen auf preußischer Seite — was aber die gegenwärtige Phase betrifft, so herrscht nur eine Stimme darüber, daß Oesterreich es sei, welches durch seine Rüstungen die Sache auf die Spitze getrieben habe, und es hat sich überdies dadurch geschadet, daß es auch dem Tuilerienkabinete einzureden suchte, es habe gar nicht gerüstet. Das „Journal des Débats" erzählt heute in einer „diplomatischen Korrespondenz", die eine Vertheidigung der preußischen Politik sein soll, aber von Jemandem geschrieben zu sein scheint, der auf zwei Achseln trägt: Hr. v. Beust habe geäußert, Oesterreich nähere sich den Mittelstaaten nur deshalb, weil es sie nöthig habe, und es würde wenig nach dem Bunde, Artikel 11 und Sachsen fragen, wenn es Mittel fände, sich mit Preußen selbst zu verständigen. Nun, ich meine, daß man das begreifen konnte, ohne den Scharfblick des „ersten Staatsmannes von Europa" zu besitzen. Gestern Abend hatte man das Gerücht in Umlauf gesetzt, der „Moniteur" werde heute erklären, Frankreich werde unter allen Umständen neutral bleiben. Eine solche Erklärung würde jedenfalls überflüssig sein, da das französische Kabinet sich hierüber schon deutlich genug ausgesprochen hat. Ein friedliches Anzeichen ist es auch, daß (wie der „Moniteur" meldet) der Preis für den Loskauf vom Militär bedeutend herabgesetzt worden ist.

London, 12. April. Das an Mr. Peabody gerichtete Dankschreiben der Königin (siehe Nr. 78) hat jener wie folgt beantwortet:

„Lebhaft fühle ich meine Unfähigkeit, der Freude angemessenen Ausdruck zu geben, die ich bei der Lesung des Briefes empfand, den J. Maj. durch Earl Russell mir zu übersenden die hohe Ehre erwiesen hat. Zu der Handlung, die J. Maj. Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, nämlich einen Theil meines Vermögens der Verbesserung der Lage der Londoner Armen zu widmen, ward ich bewogen durch ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit gegen Gott, der meine Unternehmungen hat gelingen lassen, und der Anhänglichkeit an dieses große Land, wo ich unter J. Maj. gütiger Regierung so manchen Beweis persönlicher Freundschaft empfangen nnd so manches glückliche Jahr verlebt habe. Zunächst der Zustimmung meines eigenen Gewissens werde ich auch immer die mir durch J. Maj. Schreiben gegebene Versicherung des Beifalls der Königin von England schätzen, des Beifalls einer Frau, deren ganzes Leben es beweiset, daß ihre erhabene Stellung nicht im Geringsten das Mitgefühl auch für den letzten ihrer Unterthanen vermindert hat. Das Portrait, mit dem J. Maj. mir ein Geschenk zu machen geruht, werde ich als das kostbarste Erbstück betrachten, das ich dem Lande meiner Geburt hinterlassen kann, wo man es mit dem

Briefe J. Maj. für alle Zeiten als einen Beweis der freundlichen Gesinnung ansehen wird, welche die Königin von Großbritannien gegen einen amerikanischen Bürger hegte. J. Maj. gehorsamster Diener Peabody."

Man meldet von anderer Seite her: Das Beispiel von außerordentlicher Wohlthätigkeit, das Herr Peabody gegeben, hat Nachahmung gefunden. Hr. A. Morley hat in seinem Testament eine Summe von 100,000 L. zur Gründung eines Rekonvaleszenten-Hospitals ausgesetzt.

Pommern.

Stettin, 16. April. (General-Versammlung der pommerschen ökonomischen Gesellschaft am 13. April.) Präsident: Hr. Landschafts-Direktor v. Hagen; als Ehrengast: Hr. Geh. Reg.-Rath Wehrmann aus Berlin. — Die Modalitäten wegen Aufnahme des Bienenzucht-Vereins in die Gesellschaft werden dem Vorstande überlassen. — Die Rechnung der letzten Ausstellung schließt mit einem Defizit von 7000 Thlr., zu dessen Deckung von dem Herrn Oberpräsidenten 2000 Thlr. und aus dem Cösliner Meliorationsfonds 1000 Thlr. in Aussicht gestellt sind; wegen der noch fehlenden 4000 Thlr. schweben bereits Verhandlungen, so daß die Garantiezeichner hoffentlich nicht in Anspruch genommen werden. — Hr. Dr. Birner referirt über die Versuchswirthschaft in Regenwalde. — Hierauf wurde zur Besprechung der eingegangenen Fragen übergegangen und gaben namentlich folgende zu eingehenden Debatten Veranlassung: 1) Empfiehlt es sich, gerichtliche Taxen von Grundstücken fortan auf die Grundsteuer (von Liegenschaften) resp. auf die Gebäudesteuer zu basiren? Nach längerer Debatte wurde diese Frage bei der Abstimmung getheilt und die Benutzung der Grundsteuer als Basis für gerichtliche Taxen einstimmig abgelehnt, die Benutzung derselben bei Beleihungs- oder landschaftlichen Taxen aber als effektlos anerkannt. Bei der Frage: 4) Ist das von dem Königl. Landes-Oekonomie-Kollegium Behufs Vergütung des durch die Rinderpest verursachten Schadens angenommene Prinzip der Zwangsversicherung als richtig anzuerkennen? oder ist eine Regulirung der qu. Entschädigungsfrage nach anderen Grundsätzen zu empfehlen? erklären sich die Herren Flügge und Mühlenbeck gegen eine Zwangsversicherung, weil dieselbe eine neue Steuer sein würde, resp. weil dadurch immer mehr polizeiliche Bevormundung herbeigeführt werde. Dagegen sprechen die Herren Wehrmann und v. Hagen für die Zwangsversicherung, welche sich in Schlesien bereits bewährt habe. Schließlich wird ein Antrag: die Zwangs-Versicherung im Prinzip zwar nicht als richtig zu erklären, dieselbe aber aus praktischen Gründen vorläufig anzuwenden, die Entschädigung für das noch nicht erkrankte und nur wegen Verdachts getödtete Vieh dagegen aus Staatsmitteln zu leisten — abgelehnt. 20) „Die Besitzer pommerscher Lehngüter befinden sich wegen der mangelhaften Kreditverhältnisse ihrer Grundstücke in einer sehr benachtheiligten Stellung, welche dem Fortschreiten der allgemeinen Landeskultur nachtheilig ist. Da eine Beseitigung dieser Mißstände auf gesetzlichem Wege in der nächsten Zeit kaum zu erwarten ist, so fragt es sich, ob nicht durch geeignete Schritte zu erreichen ist, daß den Lehngütern ferner die volle Anwendung der neuen Tax-Prinzipien des Instituts der pommerschen Landschaft nicht mehr vorenthalten werde." Der Vorsitzende theilt mit, daß er beauftragt sei, in Cöslin und Stettin Versammlungen zu berufen, welche in dieser Angelegenheit, die bereits verschiedene Male dem pommerschen Landtage und wiederholt der Kammer vorgelegen habe, weitere Schritte beantragen sollen. Nach seiner Ansicht würde es am zweckmäßigsten sein, in einer auszuarbeitenden Vorlage Se. Majestät den König zu bitten, eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes im Wege der Verordnung herbeizuführen und demnächst die Genehmigung der Kammer einzuholen. Die Besitzer von Lehngütern seien jetzt allein auf ihren persönlichen Kredit beschränkt und daher schnelle Hülfe durchaus nöthig. Gegen die Einwendung des Herrn v. Wedell, daß die allerdings schnell zu wünschende Hülfe nur im Verwaltungswege geschehen könne, hält der Vorsitzende dafür, daß die Lehnstaxen nicht im Verwaltungswege geändert werden könnten, weil sie ein Theil der Lehnsgesetzgebung wären. Herr Mühlenbeck bemerkt, daß eine Abhülfe nur im Wege der Gesetzgebung, nicht durch Oktroyirung möglich sei, daß die Staats-Regierung einer Aenderung geneigt sei und daß auch der Landtag in die Aufhebung willigen werde, wenn das Herrenhaus seine Idee, die Lehne in Fideikommisse umzuwandeln, fallen lasse. Die Versammlung spricht sich schließlich dahin aus: Die pommerschen Lehns-Verhältnisse wirken nachtheilig und hemmen den Fortschritt. — Von sämmtlichen Zweigvereinen ist Hr. Landschafts-Direktor von Hagen wieder zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt.

— Ende dieses Monats beabsichtigt, wie wir hören, Herr Organist und Gymnasial-Musiklehrer Todt zum Besten des Jacobi-Frauenvereins eine große musikalische Vesper in der St. Jacobi-Kirche zu veranstalten. Herr Todt wird u. A. von den größten Orgel-Kompositionen Seb. Bach's Präludium und Fuge mit obligatem Pedal in C-dur und die berühmte große Orgel-Sonate von Mendelsohn über „Vater unser" vortragen.

— Der durch seine Renitenz und Brutalität bekannte, bereits mit 5 Jahren Zuchthaus bestrafte Arbeiter Sch. trieb auf der Lastadie vor einigen Tagen wieder Unfug. Er schlug einem Arbeiter D. ohne jede Veranlassung den Hut vom Kopfe, suchte die bei der Legung der Wasserleitung beschäftigten Arbeiter zu stören und in dem Laden des Kaufmanns F. Zank herbeizuführen. Gegen den ihn zur Ruhe ermahnenden Polizei-Sergeanten widersetzte er sich mit höhnenden Worten und thätlich, und gelang es erst durch Mitwirkung eines zweiten Sergeanten, den Sch. trotz seines Widerstandes nach heftigem Kampfe zum Bureau zu bringen. Aber auch von hier entsprang derselbe, während der Thatbestand niedergeschrieben wurde, stellte sich indessen noch an demselben Abende im Kreisgerichts-Gefängniß zur Verbüßung einer wegen früherer Vergehen gegen ihn erkannten 10tägigen Gefängnißstrafe. — Gestern sind vom Bollwerk, am Schmidt'schen Ausfall, 2475 Stück Mauersteine, welche dort über 8 Tage gestanden, ohne daß der Eigenthümer zu ermitteln war, als herrenloses Gut nach dem Rathsholzhofe geschafft worden.

— Sicherem Vernehmen nach ist der hiesige Regierungs-Vice-Präsident Willenbücher an die Königl. Regierung zu Posen, dagegen der Regierungs-Vice-Präsident Toop in Posen an die hiesige Regierung versetzt worden.

— Vor einigen Tagen ist die einer Potsdamer Rhederei gehörige, zuletzt vom Kapitän Riedel geführte Bark „Glück auf" nach Hamburg verkauft.

— Am Sonnabend wurden aus dem hiesigen Artilleriedepot mehrere Tausend Hohlgeschosse verschiedenen Kalibers nach Stralsund verladen.

— Zum letzten Wochenmarkt traf von Stralsund per Bahn ein bedeutendes Quantum ungewöhnlich großer Dorsch hier ein, das den hohen Preis, der für die von Swinemünde früher angekommenen kleineren derartigen Fische gefordert wurde, sofort um die Hälfte reduzirte. Dieser Import ist, wie wir hören, bereits eine Folge der neuen von der Nordsee aus in Stralsund eingeführten Fischerei mit großen Grundnetzen in bedeutender Tiefe.

— Der Magistrat soll jetzt dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung in Bezug auf Erhöhung der Lehrergehälter und der Schulgeldsätze an der Friedrich-Wilhelmsschule beigetreten sein, wodurch diese Angelegenheit als erledigt anzusehen wäre.

— Die englische Sitte, die Geschäftsstunden nicht durch eine Mittagspause zu unterbrechen und dadurch früher zu beendigen, ist jetzt auch hier bei der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Germania" eingeführt worden. Die Bureaustunden dauern jetzt von 9 bis 4 Uhr.

— Der heutige, durch schönes Wetter begünstigte Jahrmarkt war sehr belebt; namentlich fand ein vorzüglich reger Verkehr am Bollwerk bei den Möbeln und in der Lindenstraße bei den Schuhmachern Statt.

— Aus Breslau wird ein stetiges Fallen des Wasserstandes der Oder gemeldet; es sei, heißt es in dem Bericht, keine Aussicht auf ein Steigen des Wassers vorhanden, da in den Karpathen kein Schnee lagere. Es dürfte sich somit auch in diesem Jahre das traurige Schauspiel einer während der Sommermonate gänzlich aufgehobenen Wasserverbindung zwischen den Handelsplätzen an der Oder wiederholen.

Pyritz. Am Donnerstag voriger Woche, Morgens, brannte das Gehöft des Bauern Rhode zu Altstadt ab, wozu zwei Häuser, eine Scheune und mehrere Stallungen gehören. Das Feuer ist in der Scheune, in welcher viel Torf gelagert war, zuerst bemerkt worden und hat sich, da die Gebäude alt und mit Stroh gedeckt sind, sehr schnell verbreitet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. April. Eine heutige sehr zahlreich besuchte Volksversammlung in der Tonhalle nahm einstimmig folgende Resolution an: Ein Krieg zwischen den deutschen Großmächten wäre ein nationales Unglück; nur ein freisinniges preußisches Ministerium würde für die Bundesreform allgemeines Vertrauen finden; den Schleswig-Holsteinern sei ein Selbstbestimmungsrecht zu wahren, denn letzteres sei allein die sittliche und rechtliche Grundlage jeder Staatsform.

Berlin, 15. April. Die von der „Coburger Zeitung" veröffentlichte österreichische Depesche vom 7. April soll sämmtlichen deutschen Regierungen und den auswärtigen Höfen zugegangen sein. Man hält sie für authentisch. Spätere Erläuterungen sollen auf die friedlichen Versicherungen hingewiesen haben, welche die Depesche trotz der energischen Form enthalte, aber die Angelegenheit scheint noch nicht erledigt. Die Nachricht eines Briefes des Kaisers Franz Joseph an den König Wilhelm wird stark bezweifelt. Die preußischen Vorschläge wegen der Bundesreform werden voraussichtlich zunächst in dem erwarteten Ausschusse des Bundestages zu Frankfurt, der wahrscheinlich angenommen wird, erfolgen. Eine preußische Cirkular-Depesche, welche das Reform-Projekt den Regierungen schon mitgetheilt hätte, soll keineswegs existiren.

Karlsruhe, 14. April. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer beantwortete der Staats-Minister v. Edelsheim die Interpellation des Abgeordneten v. Knies in Betreff der Stellung der Regierung zum preußischen Reform-Antrage dahin: Seit lange gehören, wie bekannt, die Sympathieen und Wünsche der badischen Regierung einer nationalen Entwicklung auf parlamentarischer Basis. Es wird das Betreten dieses Weges daher bei ihr niemals Schwierigkeiten begegnen, sondern im Gegentheile stets auf ihre Unterstützung rechnen können. Den jetzigen preußischen Antrag anlangend, so wird die Regierung für dessen Inbetrachtnahme und in so weit also die Verweisung desselben an einen besonderen Ausschuß stimmen. Der Interpellant beantragte sodann, die Staatsregierung zu ersuchen, dieselbe wolle für die Herstellung der in Folge des preußischen Antrages vom 9. d. Mts. zu konstituirenden Mitwirkung bei einer Reform der Bundes-Verfassung einzuberufenden deutschen Volksvertretung thunlichst Vorsorge treffen, und die Kammer stimmte, mit Ausnahme der Abgg. Prestinari, Roßhirt und Haager, einhellig zu.

München, 14. April, Nachmittags. Wie die „Bairische Zeitung" vernimmt, hat die bairische Regierung wiederholt Schritte gethan, um zu verhüten, daß die neuerdings eingetretene Spannung zwischen Oesterreich und Preußen zu ernsteren Konflikten führe.

Wien, 14. April, Abends. Der fortgesetzten Behauptung preußischer offiziöser Blätter gegenüber kann die „Oesterreichische Zeitung" wiederholt auf das Bestimmteste versichern, daß bis zur Stunde weder eine ganze, noch eine theilweise Mobilmachung österreichischerseits beschlossen und daß auch nicht ein einziger Urlauber einberufen worden ist.

Wien, 15. April. Die „Debatte" vernimmt, daß die Berathungen, zu denen eben mehrere mittelstaatliche Vertreter in München zusammentreffen, bezwecken, vor Allem darüber sich zu einigen, daß auf eine Berathung oder auch nur Feststellnng der geschäftsmäßigen Behandlung des preußischen Reform-Antrages nicht früher eingegangen werden könne, bevor nicht die beiderseitige Demobilisirung der gegen einander gerüsteten Bundesglieder erfolgte. Die „Presse" bringt eine ähnliche Mittheilung.

Paris, 15. April. Der „Constitutionnel" enthält einen von Limayrac unterzeichneten Artikel über die Stellung Frankreichs zu einem möglichen Kriege in Deutschland. Es helfe nichts, sich zu verheimlichen, daß Europa eine Krisis fürchte, und Frankreich sei nicht im Stande, immer und überall den Krieg zu verhindern. Es sei keinem Menschen gegeben, alle leidenschaftlichen und ehrgeizigen Bestrebungen in Schranken zu halten, alle Schwierigkeiten zu lösen. Die französische Regierung habe loyal und eifrig eine friedliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage herbeizuführen gesucht. Um sich besseres Gehör zu verschaffen, habe Frankreich in dieser Frage stets strenge Neutralität beobachtet und weder für Preußen noch für Oesterreich Partei ergriffen. Es sprach zu ihnen blos im Namen der europäischen Ordnung, der Nationalitäten und der allgemeinen Interessen, die den Frieden verlangen. Noch viel weniger ermunterte es in irgend einer Weise zum Kriege. Seine Sprache und seine Haltung bezeugten, daß es an den Ueberzeugungen festhielt, die es auf der Londoner Konferenz und anderswo ausgesprochen. Es habe in der schleswig-holsteinischen Frage von Anfang an Alles gethan, um den Frieden zu erhalten, und wenn der Krieg unvermeidlich wäre, so versichere Frankreich, daß es dem Kampfe fern bleiben wolle. Mit Einem Worte: wenn der Krieg ausbricht, würde Frankreich die allgemeinen Folgen erleiden, aber nicht sich den besonderen Gefahren aussetzen, die denjenigen Mächten zufallen würden, welche sich zur Theilnahme verleiten lassen. Diese einfachen Bemerkungen genügen, um die panischen Uebertreibungen der beiden letzten Tage verständlich zu machen. Ist denn dieser Krieg absolut gewiß? Wenn die einen Symptome ihn als bevorstehend erkennen ließen, so scheinen doch andere, nicht weniger bedeutsame, ihm als Hindernisse entgegenzustehen. Würde sich nicht bei beiden Theilen das Gefühl einer furchtbaren Verantwortung geltend machen, die der Angreifende auf sich laden würde? Man denke an die vielfachen Anstrengungen der Mittelstaaten, den Zusammenstoß zu verhüten, und an die von zahlreichen Versammlungen in Deutschland ausgegangenen Kundgebungen zu Gunsten des Friedens. Man vergesse nicht die zur Sicherung des Friedens gethanen Schritte der europäischen Großmächte, die, wenn auch neutral, doch nicht gleichgültig sind. Die Lage ist demnach keine verzweifelte. In keinem Falle kann sie für Frankreich die Befürchtungen der letzten Tage rechtfertigen. Es ist eines großen Landes nicht würdig, diese erschrockene Miene anzunehmen und so alle Interessen einer unheilvollen Uebereilung auszusetzen. Größeres Vertrauen und größere Ruhe werden Frankreich besser anstehen, da es doch die Weißheit und Mäßigung nicht vergessen kann, welche der seit 15 Jahren seine Geschicke leitende Herrscher in allen europäischen Fragen bewiesen hat.

Bukarest, 14. April. Das Plebiscit für die Wahl des Fürsten von Hohenzollern hat in der Hauptstadt heute begonnen. Man glaubt, in sechs Tagen werde die Abstimmung im ganzen Lande beendet sein.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. April. Witterung: klare Luft, gestern etwas Regen. Temperatur: + 12 °R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. 60—68 Rt. bez., mit Auswuchs 45—58 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 66¼ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 66¾ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 67¾ Rt. Gd., Juli-August 69, 68¾, 69 Rt. bez., 68¾ Rt. Gd., September-Oktober 67¼ Rt. bez.

Roggen niedriger, mit etwas festerem Schluß, pr. 2000 Pfd. loco 44½, 45¼ Rt. bez., Frühjahr 44½, 44¼, ½ Rt. bez., Mai-Juni 45½, 45, 45¼ Rt. bez., Juni-Juli und Juli-August 46, 46⅛ Rt. bez., September-Oktober 45½ Rt. bez., Gd. u. Br.

Gerste loco per 70pfd. schles. 38—41½ Rt. bez., Frühj. 70pfd. schles. 43 Rt. bez. u. Br.

Hafer loco per 50pfd. 28—29½ Rt. bez., Frühj. 47—50pfd. 30 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 29¾ Rt. Br., 29½ Rt. Gd.

Erbsen Frühjahr Futter- 50½, 51 Rt. bez., Mai-Juni 50 Rt. bez.

Rüböl wenig verändert, loco fehlt, kurze Lieferung 16⅙ Rt. bez., April-Mai 16$\frac{1}{12}$ Rt. bez., Mai-Juni (Sonnabend noch 15⅚ Rt. bez.) 15¾ Rt. Gd., September-Oktober 12$\frac{1}{24}$, $\frac{1}{12}$ Rt. bez.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß 14$\frac{7}{24}$, ¼ Rt. bez., Frühjahr 14⅛ Rt. Br., Mai-Juni 14¼ Rt. bez., Juni-Juli 14⅝ Rt. bez., Juli-August 15 Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 50 Wspl. Erbsen.

Berlin, 16. April, 1 Uhr 56 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 85 bez. Staats-Anleihe 4½ % 98 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 131 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 94 Br. Oesterr. National-Anleihe 57⅜ bez. Pomm. Pfandbriefe 90½ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 166¾ bez. Amerikaner 6% 74⅛ bez.

Roggen Frühjahr 43¾ bez., 43⅞ Gd., Mai-Juni 44¼ bez., 44⅞ Gd., Juni-Juli 46, 46⅛ bez. Rüböl loco 16⅙ bez., April-Mai 15$\frac{23}{24}$ bez., 16 Br., Mai-Juni 14⅚ bez., September-Oktober 12, 12$\frac{1}{24}$ bez. Spiritus loco 14¼ bez., April-Mai 14$\frac{1}{24}$, $\frac{1}{12}$ bez., Mai-Juni 14⅙, $\frac{5}{24}$ bez., Juni-Juli 14⅔, ¾ bez.

Hamburg, 14. April. Getreidemarkt. Weizen loco matter, Termine stille. Pr. April-Mai 5400 Pfd. netto 110½ Bkothlr. Br., 110 Gd., pr. Juli-August 114½ Br., 114 Gd. Roggen loco matt, Termine sehr ruhig. Pr. April-Mai 5000 Pfd. netto 77 Br., 76½ Gd., pr. Juli-August 79 Br., 78 Gd. Oel stille, pr. Mai 33¼, per Oktober 26⅛—26. Kaffee 1000 Sack Laguayra und 1000 Sack Santos verkauft. Zink flau, 15 Mk. 14 Sch. gefordert. — Wetter: warm, trübe.

Amsterdam, 14. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen flau, pr. Mai 159, per Oktober 180—179. Rapps per Mai 96.

Stettin, den 16. April.

Berlin	kurz	—
„	2 Mt.	—
Hamburg	6 Tag.	151¾ bz
„	2 Mt.	150¼ bz
Amsterdam	8 Tag.	142⅞ bz
„	2 Mt.	—
London	10 Tag.	—
„	3 Mt.	6 20⅝ B
Paris	10 Tg.	—
„	2 Mt.	80⅓ B
Bordeaux	10 Tg.	—
„	2 Mt.	—
Bremen	8 Tag.	—
„	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
„	2 Mt.	—
Preuss. Bank	5	Lomb. 6½ %
Sts.-Anl.5457	4½	—
„ „	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—
„ „	4	—
„ Rentenb	4	—
Ritt. P.P.B.A. à 500 Rtl.	—	—
Berl.-St. Eis.-Act. lt. A. B.	4	—
„ Prior.	4	—
„ „	4½	—
Starg.-P.E.A.	3½	—
„ Prior.	4½	—
Stett. Stdt-O.	4½	—
Stett. Börsh.-Obligationen	4	—
St. Schausp.-Obligationen	5	—

Pom. Chauss.-bau-Obligat.	5	—
Used.-Wollin. Kreis-Oblig.	5	—
St. Str.-V.-A.	4	—
Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assec.-Comp.-Act.	4	—
Pomerania	4	112 B
Union	4	102 B
St.Sp·ich.-Act.	5	—
V.-Ppeich.-A.	5	—
Pomm. Prov.-Zuckers.-Act.	5	1050 B
N. St. Zucker-Sieder.-Actien	4	—
Mesch. Zucker-Fabrik-Anth.	4	—
Bredower „	4	—
Walzmühl-A.	5	—
St.Portl.-Cem.-Fabrik	4	—
Stett. Dampf Schlepp-Ges.	5	300 B
Stett. Dampfschiffs-Verein	5	250 B
N. Dampfer-C	4	94 B
Germania	4	105 B
Vulkan	4	86 B
Stett. Dampfmühlen-Ges.	4	100 B
Pommerensd. Chem. Fabrik	4	—
Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stettin. Kraft-Dünger-F.-A.	—	—
Gemeinnützige Bauges.-Anth.	5	—